

Der Weg nach draußen ...

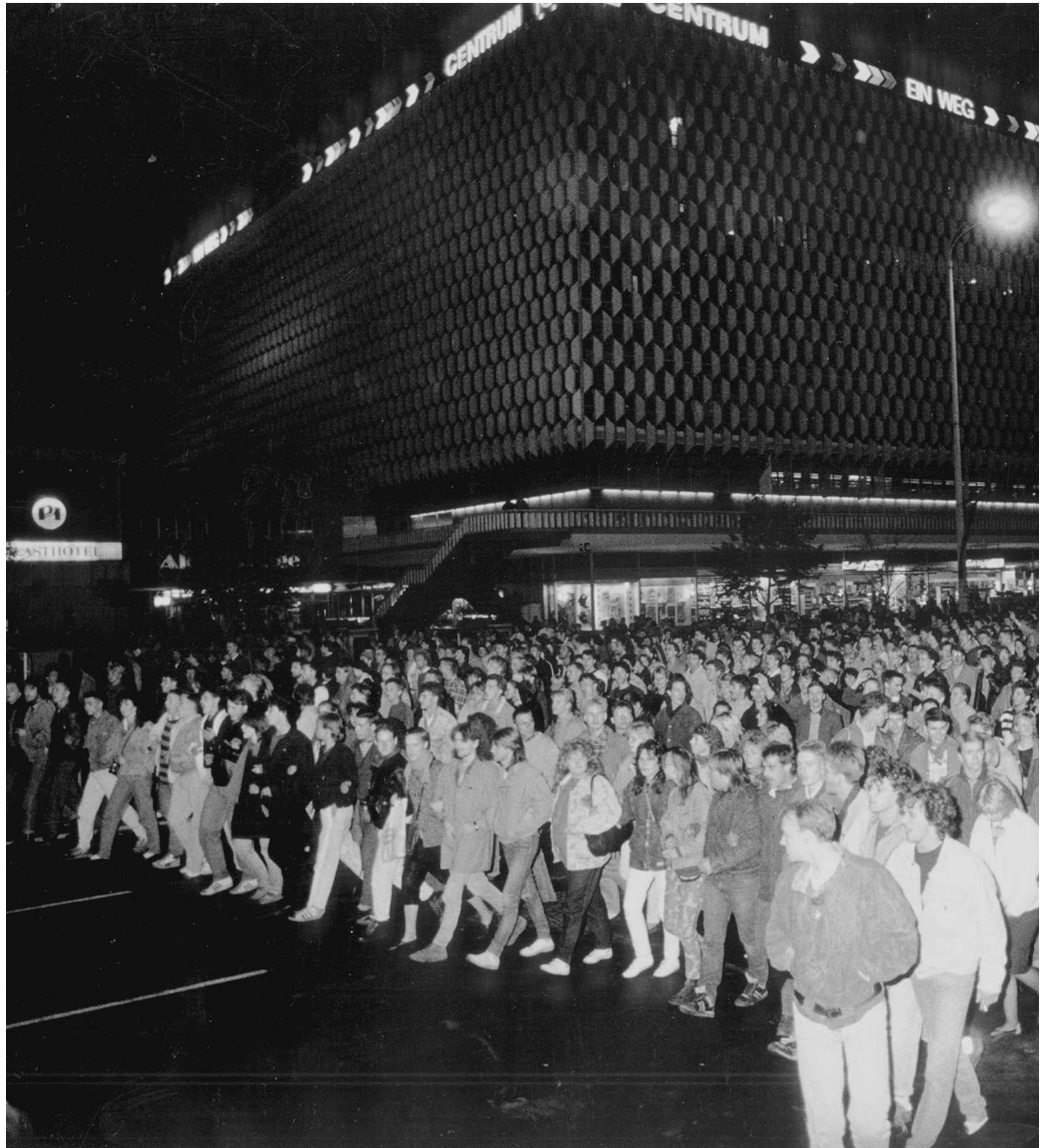
In der Opposition wurde das verlogene Dialogangebot der SED auf unterschiedliche Weise ernst genommen. Während das *Neue Forum* das Angebot begrüßte und die Institutionalisierung dieses Dialogs vorschlug, forderte die *Vereinigte Linke* mit dem sofortigen „Rücktritt des Politbüros der SED und der Regierung“ die Ausschaltung des bestehenden Machtzentrums. Sie orientierte auf die Bildung einer Übergangs-Reformregierung sowie auf einen landesweiten politischen Kongress von Betriebsdelegierten. Das Leipziger *Neue Forum* bezeichnete daraufhin die Vertreter der *Vereinigten Linken* als staatsfeindliche Provokateure, die den erhofften Dialog mit den Machthabern gefährdeten. Aber auch die *Initiative Frieden und Menschenrechte* verhielt sich reserviert gegenüber der SED-Offerte. Sie forderte den Rücktritt von Staatssicherheitsminister Mielke und Innenminister Dickel.

Aus der Erklärung des Neuen Forums vom 12. Oktober '89:

Das *Neue Forum* begrüßt die Verlautbarungen des Politbüros der SED als ein erstes Zeichen, sich mit den angestauten und tiefgreifenden Problemen der Gesellschaft auseinanderzusetzen ... Deshalb muß ein echter Dialog institutionalisiert werden! Es müssen die juristischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Meinungsäußerungen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Parteien nicht mit der Anschuldigung der Staats- und Verfassungsfeindlichkeit von vornherein zum Schweigen gebracht werden. ... Dieser echte gesellschaftliche Dialog hat auf allen Ebenen gewaltfrei zu erfolgen, bei Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR, bei strikter Abweisung aller rechtsradikaler und faschistischer Haltungen, auf dem Boden der Verfassung.

Aus der Erklärung der Vereinigten Linken vom 12. Oktober '89:

Nicht das Dialogangebot in der Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober, sondern der Druck, welcher von den entstandenen scharfen Widersprüchen ausgeht und die Herausforderung an alle Menschen unseres Landes, endlich selbst etwas zu ändern, ist die Grundlage unseres Handelns. Über die entstandene Situation und die Schuldigen dafür dürfen wir uns keine Illusionen machen: Nicht nur die sozialistische Perspektive der DDR steht auf dem Spiel; auch die Bewahrung und Entwicklung so wichtiger sozialer Errungenschaften wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die kostenlose medizinische Betreuung aller Bürger, die soziale Sicherheit oder die gleichen Bildungschancen für Arbeiterkinder sind gefährdet, wenn der Stagnation nicht bald ein Ende gesetzt wird.



Protestdemonstration am 40. Jahrestag der Gründung der DDR, Berlin 7. Oktober '89